

Verantwortlicher Redakteur: Dr. L. Bering, Auer-Druck- u. Verlagsanstalt m. b. H. Auer, Auerbachstr. 10. Druck: Auer-Druck- u. Verlagsanstalt m. b. H. Auer, Auerbachstr. 10. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Ausland: 1.00 Pf. pro Quartal. Postamt: Auerbachstr. 10. A. 10.

Abonnement: Durch unsern Agenten für das Erzgebirge monatlich 4.00 Mark. Bei der Abnahme abgeholt monatlich 1.00 Mark. Bei der Post bezahlt monatlich 1.00 Mark, monatlich 4.00 Mark. Abgeholt täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Abnehmerinnen, sowie alle Posthalter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 16.

Sonntag, den 22. Januar 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Im Reichswirtschaftsrat ist ein Antrag eingegangen, der die Erhöhung des steuerfreien Einkommens vorsieht; es soll für jede zur Steuerpflichtige zahlende Person von 400 auf 1000 Mark erhöht werden und von jeder Wabststeuer oder Kommunalsteuer frei bleiben.

In Westdeutschland wurde ein kommunistischer Putschplan entdeckt; sieben Führer der kommunistischen Kampforganisation in Westdeutschland wurden verhaftet.

Bisher sind von Deutschland insgesamt 2054729 Tonnen Schiffsraum an die Entente abgeliefert worden.

In englischen Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß die Wiedergutmachungsforderungen der Alliierten sehr vernünftig seien, und daß Deutschland gut daran täte, sie anzuerkennen.

## Tatsachen und Ziffern.

W. W. Im Dezember veröffentlichte das Reichsfinanzministerium erstmals eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Reiches. Vielfach wurde daran die Erwartung geknüpft, daß mit der Geheimdruckerei endlich gebrochen würde. Wir können ebenso gut wie England, Frankreich und Italien wöchentlich die Ergebnisse unserer Finanzwirtschaft mitteilen. Das hat, von allem andern abgesehen, auch einen Einfluß auf unsere politische Urteilskraft. Wenn die Öffentlichkeit darüber genau und zuverlässig unterrichtet ist, wie trübe es um unsere Finanzwirtschaft steht, wird sie vom Reich nichts unmögliches verlangen. Tatsachen und Ziffern allein sind dazu im Stande, falsche Vorstellungen zu zerstreuen, sowie mit verständnisvollen Trugschlüssen aufzuräumen. Das gilt nicht nur für unsere Finanzpolitik, sondern auch für die gesamte Wirtschaftspolitik. Wir stehen vor einer völligen Umstellung unserer Brotversorgung. Wenigstens ist das von den Ernährungsministern auf ihrer kürzlichen Konferenz beschlossen worden. Eine amtliche Kundgebung hat das auch der Öffentlichkeit mitgeteilt. Sofort setzte die Kritik ein, die aber nicht sachlich urteilte, sondern parteipolitischen Erwägungen Raum gab. Das führte ohne Zwang zu einer Verschärfung der Gegensätze, während gerade die Wirtschaftsminister, die doch einen Einblick in die Verhältnisse haben, am Ursachearbeiten sollten.

Wir brauchen für unser politisches Urteil Tatsachen und Ziffern, nicht Betrachtungen. Wenn aus den Veröffentlichungen des Reichsfinanzministeriums zu ersehen ist, daß die Einnahmen hinter den Vorschlägen dauernd zurückbleiben, daß die Ausgaben dagegen unheimlich steigen, so muß das auf die Vorbereitungen der Beamten zurückwirken. Aber auch das Volk als solches entnimmt aus diesen Ziffern und Tatsachen die Erkenntnis, daß unsere Finanzwirtschaft krank und unzulänglich ist. Um nicht um den Kern herumzureden: das soll bedeuten, daß wir uns in irgend einer Form auf neue Steuern gefaßt machen müssen. Aber das ist nicht alles. Es gibt die Ausgabe Seite zu prüfen, es gibt festzustellen, wo gespart werden kann und gespart werden muß. Nicht viel anders liegen die Dinge in Sachen der Ernährungswirtschaft. Es genügt nicht, daß einmal die Ernteschätzungen und Ernteziffern veröffentlicht werden. Wir müssen darüber ständig unterrichtet werden, welche Getreidemengen die Reichspetroleumstelle zur Verfügung hat. Wir wissen ja gar nicht, wie fürchtbar ernst unsere Ernährungslage ist. Wenn es gutgeht, reichen wir mit den Erträgen der eigenen Ernte an Brotgetreide bis zum Frühjahr. Was dann kommt, ist ungewiß, hängt von Entscheidungen ab, die wir nicht einmal allein zu treffen vermögen. Jeder glaubt ein Teil unserer Presse, über den Ernst der Ernährungslage hinwegtäuschen zu können, indem sie auf große Vorräte bei den Landwirten hinweist. Es ist möglich, daß gewisse Mengen Getreide verheimlicht werden. Allein selbst, wenn es gelingt, sie vollständig zu erfassen, sind wir auch nicht länger als bis zum Frühjahr versorgt. Unsere Ernte an Brotgetreide im Jahre 1920 betrug nicht viel mehr als sieben Millionen Tonnen, während 1918 nicht weniger als 17 Millionen Tonnen geerntet worden sind! Dabei ist unsere Bevölkerungszahl nur von 69 Millionen auf 80 Millionen gesunken. Andere Nahrungsmittel stehen uns gleichfalls nicht so reichlich zur Verfügung, wie das 1918 der Fall war. Wir brauchen Tatsachen und Ziffern, um die Vorkürfe auf das berechnete Maß zurückzuführen und den Entschluß zur Reformtat fassen zu können. Wir müssen uns sachlich verständigen und bei allen denjenigen guten Willen voraussetzen, den jeder von uns selbst für sich in Anspruch nimmt.

## Die Pariser Verhandlungen. Deutscher Verzicht auf Festsetzung der Gesamtschuldigung.

Zwischen Herrn Bergmann und den Vertretern der Ententeregierungen haben in Paris mehrfach Besprechungen über die Frage der Festsetzung der deutschen Entschädigung stattgefunden. Bei diesen Besprechungen hat Herr Bergmann in Uebereinstimmung mit der Stellungnahme des Außenministers Simons bei seiner Besprechung mit dem Vorkämmerer Laurent zwar die schweren Opfer betont, welche für Deutschland aus einer Vertagung der Festsetzung der gesamten Entschädigung erwachsen, sich jedoch bereit erklärt, aber die Sehdourischen Vorschläge wegen der Fixierung der fünf Jahresraten unter den bekannten Voraussetzungen zu verhandeln, die nach deutscher Auffassung die Grundlage für eine Verständigung über die Reparationsleistungen bilden. Es haben sich noch keine Anhaltspunkte dafür ergeben, inwiefern die Alliierten bereit sind, in diesem für die ganze weitere Entwicklung der Angelegenheit vom deutschen Standpunkte aus entscheidenden Punkte Deutschlands Wünsche zu berücksichtigen. Herr Bergmann hat darauf hingewiesen, daß es auch im Interesse der Wirtschaft der Ententestaaten und des Wiederaufbaues Europas unbedingt notwendig sei, daß über diese Voraussetzungen polikommene Klarheit erstelt wird. Herr Bergmann wird voraussichtlich in den nächsten Tagen mit den Unterhändlern der Entente über die Sehdourischen Vorschläge zur Durchführung von Sachleistungen in Verhandlungen eintreten. Diese Verhandlungen werden formulierte deutsche Vorschläge zugrunde liegen. Die Konferenz der Regierungen in Paris am 24. Januar wird sich voraussichtlich auch mit dem vorläufigen Bericht der Ententebelegierten über das Reparationsproblem beschäftigen. Nach Mitteilungen aus Paris ist in Aussicht genommen, daß im Anschluß daran die Verhandlungen in Brüssel ihren Fortgang nehmen.

London rurselt die Stren.

Die Agence Havas verbreitet eine Neutermeldung vom 20. Januar, wonach man in englischen künftigen Kreisen die Zeitungsmeldung, daß Deutschland gegen den Vorschlag der Alliierten auf Leistung von fünf Jahreszahlungen auf das Wiedergutmachungskonto Einwände erheben wolle, als nicht den Ansichten der deutschen Regierung entsprechend betrachtet. Vielmehr liegen Anzeichen vor, daß die deutsche Regierung sich volle Rechenschaft gebe von der vollen Notwendigkeit, unerbittlich diesen sehr vernünftigen Vorschlag der Alliierten anzunehmen. Man betrachtet dies als einen sehr großen Fortschritt, obwohl wahrscheinlich offiziell darüber nichts entschieden werde bis zur demnächstigen Pariser Konferenz. Um so mehr sei man von der aus Paris kommenden Meldung überrascht, daß Deutschland die Annahme der von den Alliierten vorgeschlagenen Ziffern abgelehnt habe. Man verheißt nicht daß dem wirklich so sein könne, und welche Haltung die deutsche Regierung einzunehmen gedenke für den Fall, daß sie sich den Forderungen der Alliierten nicht fügen wolle.

Zu der Erklärung des deutschen Botschafters in Paris Brian gegenüber sagt Welt Journal: Deutschland verlangt von uns für seine Opfer neue Zugeständnisse. Diese Zugeständnisse, welche die Besten den Siegern auferlegen wollen, sind einfach fürchterlich. Nur eine dieser Forderungen könnte im äußersten Falle in Betracht gezogen werden, die Verminderung der Besatzungskosten in den Rheinländern. Aber die anderen Forderungen stellen eine Revision des Friedensvertrages dar, und zwar zugunsten Deutschlands. Frankreichs Regierung hat eben erklärt, daß das republikanische Frankreich nicht zu den letzten Mitteln zurückgreifen, sondern vielmehr Deutschland überzeugen statt zwingen will. Wenn aber Deutschland diese Verluste zu schwerig macht, wird wohl die Konferenz sich von neuem mit den Sanktionen über ihre Anwendung befassen müssen. Eine Nouvelle will wissen, daß die englische Regierung die deutschen Vorbehalte nicht annehmen wird.

Paris überflüssig, Brüssel entscheidet.

Der Temps meldet eine erzielte Einigung zwischen den vier alliierten Kabinetten in der Wiedergutmachungsfrage. Die Konferenz der Staatsmänner in Paris hat angehts dieser Uebereinstimmung nur noch formalen Wert und bliebe wohl der persönlichen Anregung als der Ausruf über Deutschland. Echo de Paris meldet, daß die am 2. Februar zusammentretende neue Brüsseler Konferenz zu einer Einigung mit Deutschland führen solle. Havas meldet: Die Konferenz mit den Deutschen in Genf solle bald nach der Brüsseler Konferenz und noch im Februar stattfinden.

Deutschlands schwierige Finanzlage anerkannt.

Die Zürcher Stamba meldet aus Paris eine neue Unterredung eines Vertreters mit Doucheur, dem neuen Minister für den Wiederaufbau. Doucheur erklärte darin, er sei fest entschlossen, der schwierigen Finanzlage Deutschlands Rechnung zu tragen.

## Deutschland und Sowjetrußland

Interpellationsberatung im Reichstage. Im Reichstage begründete gestern der Unabhängige Christen die Interpellation seiner Partei, in der die sofortige Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland gefordert wird. Christen machte es milde, beinahe wie ein diplomatischer Entschärfer Moskauer. Nur dann und wann, wenn ein grelles sehr wahr der Frau Biesch in seine Pflicht erinnerte, wurde er lauter, und damit auch die Opposition auf der Rechten. In der Sache behauptete er natürlich, daß die Reichsregierung nur zu wollen brauche, und russisches Getreide und russisches Leder schaffen dem deutschen Arbeiter billiges Brot und Stiefel.

Reichsminister des Äußern Simons

erwiderte: Allerdings handele es sich hier um eine Lebensfrage. Es ist jedoch nicht die Schuld der deutschen Regierung, wenn sich die diplomatischen Beziehungen zu Rußland nicht günstiger entwickelt haben. Der Warenaustausch ist durch die Folgen der russischen Revolution unterbunden worden, durch die Aufsehung der unteren Gesellschaftsschichten gegen die oberen. Die neue Regierungsform aber hat versagt; sie hat einen autoritären Zug angenommen. Rußland konnte keine Gegenleistungen mehr bieten. Darum schloß jede Austauschpolitik. Im vorigen Jahre lagen mir zukunftsreiche Pläne der russischen Regierung vor, die neue Kraftquellen erschließen sollten und geeignet waren, Rußland eine große Zukunft zu eröffnen. Diese Pläne sind aber Pläne geblieben. Somit hat sich auch meine Ansicht ändern müssen. Freilich ist Deutschland das alleinige Durchfuhrland von und nach Osten. Deutschland würde gern mit Polen ein Uebereinkommen treffen, aber dazu gebietet Gegenseitigkeitsempfinden und die Ereignisse der letzten Zeit keinen Raum, daß von einer Verständigung noch keine Rede sein kann. Immerhin wolle er zugeben, daß Verhandlungen zurzeit schweben, das gleiche sei auch mit Litauen der Fall. Der Zusammenbruch des russischen Transportwesens sei notariß. Es bleibe ein Rätsel, wie Rußland noch sein Heer so beweglich halten könne. Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau sei das Eisenbahnsystem aber unzureichend. Die größere Schwierigkeit liege in dem Punkte, das kapitalistische System mit dem Sowjetsystem in einen gewissen Ausgleich zu bringen. Der Friedensvertrag hindere uns zwar nicht an dem Abschluß von Verträgen mit Rußland, wir wäßen aber nicht, ob ein solcher Vertrag allgemeine Anerkennung finden würde, denn die Sowjetregierung ist noch nicht allgemein anerkannt. Im übrigen ist es klar, daß, solange noch keine Genugtuung für die Ermordung Mirbachs gegeben ist, die Beziehungen nicht wieder aufgenommen werden können. (Luz: Unglaublich!)

Meine Herren! Ich selbst habe mehrfach mit Herrn Kopp über diesen Punkt gesprochen. Er hat meinen Standpunkt auch für unglaublich angesehen. Wir haben gar keine bestimmten Forderungen an Rußland gestellt, ihm vielmehr die Feststellung der Täter selbst überlassen. Rußland hat hierauf nicht geantwortet. Wenn die russische Regierung 150 Menschen hat erschlagen lassen, so waren das Feinde der Regierung, nicht aber die Mörder Mirbachs. Es ist verständlich, daß wir mit Rußland unter diesen Umständen nur mit Hilfe besonderer Agenten verhandeln können. Ich würde einer Verständigung über die Ostfrage mit den Westmächten gern die Wege ebnen. Deshalb lege ich auf die Konzessionsjäger keinen Wert. Andererseits lege ich gegen den Vorwurf illegaler Verhältnisse nach Rußland Verwahrung ein. Den russischen Kommissionen haben wir keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt, während die Russen die Gegenseitigkeit sehr erschweren, z. B. ist an Stelle einer deutschen technischen Kommission nur einem einzigen Herrn der Einlaß gestattet worden. Soweit also Rußland Gegenwerte stellen kann, die Transporte erleichtert und ausführt, ein ständiger Kriegsschauplatz zu sein und den Krieg zu schüren, soweit es vor allem aufhört, seine unerwünschte Propaganda in Deutschland zu betreiben, wird sich eine neue Verständigung anbahnen lassen.

Die Rede des Ministers wurde mit allgemeiner Aufmerksamkeit angehört und vielfach durch Beifallsbezeugungen unterbrochen; die äußerste Linke protestierte wiederholt. Minister Simons schloß mit der Mahnung, keine Angst zu haben, daß wir etwa von den anderen Mächten überholt werden könnten. Keine fremde Macht könne ohne uns mit Rußland Abschlüsse treffen. Wir haben keine Veranlassung, die Sowjetregierung zu fügen, und kein Recht, an ihrem Umsturz mitzuwirken. Wir wollen nicht Schauplatz eines neuen Krieges werden.

## Die Arbeitslosenfrage im Landtage.

In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages erfolgte die wiederholte Beratung des kommunistischen Antrages auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe an die Arbeitslosen. Namens des Haushaltsausschusses erstattete Abg. Dr. Gardt (Dnt.) den Bericht des

kt 11.

ld v. Otto  
f Wunsch:  
nd, Posse.  
vorrstellg.  
Früde.

ue  
okal A

Aue.

anuar

Aue.  
8 Uhr,

ag:  
nischen  
eigener

andlung.

Aue.

igen  
uar im

hbrigen  
geladen.  
and.

her,

bet im  
nser  
gen  
inlabet  
and.

2.  
storten,  
ia liegen  
ohnung  
87 B.